



**Centrum
für Hochschulentwicklung**

**Prognose der
Studienkapazitätsüberschüsse
und -defizite in den Bundesländern
bis zum Jahr 2020**

**Dr. Florian Buch
Yorck Hener
Thimo v. Stuckrad**

**Arbeitspapier
Nr. 77**

Juni 2006

CHE Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH
Verler Str. 6
DE-33332Gütersloh

Telefon: (05241) 9761 0
Telefax: (05241) 9761 40

E-Mail: info@che.de
Internet: www.che.de

ISSN 1862-7188
ISBN 3-939589-29-2
ISBN 978-3-939589-29-7 (ab 2007)

0. Vorbemerkung

Deutschland befindet sich in einer Situation, in der wichtige Weichenstellungen vorzunehmen sind. Zwei große Themen werden in Fragen der Hochschulpolitik derzeit diskutiert: Einerseits geht es um den Anstieg der Studienanfänger- und Studierendenzahlen in Deutschland in den nächsten rund fünfzehn Jahren. Andererseits wird die Frage der Föderalismusreform noch einmal besonders im Hinblick auf die Entwicklung und Finanzierung des Hochschul- und Wissenschaftssystems diskutiert. In diesem Zusammenhang wird auch darüber diskutiert, die Hochschulfinanzierung im föderalen System neu zu regeln und dabei die Studierendenmobilität unmittelbar einzubeziehen. Diese Fragen hängen zwar nicht notwendig unmittelbar zusammen, wohl eröffnet sich aber durch die geplante Reform der staatlichen Aufgabenverteilung die Möglichkeit, das Zusammenwirken von Bund und Ländern auf dem Gebiet der Hochschulfinanzierung gerade angesichts der kommenden Herausforderungen zu durchdenken und insofern auch die Frage der absehbaren quantitativen Entwicklung in den Blick zu bekommen.

Wir stehen angesichts dieser Herausforderungen an einem wichtigen Window of Opportunity für eine zukunftsfähige Gestaltung der Strukturen der Hochschulfinanzierung und des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen in Deutschland. Ungeachtet zuweilen kolportierter Zweifel hinsichtlich des Akademikerbedarfs in der Gesellschaft ist davon auszugehen, dass volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit und individuelle Lebenschancen maßgeblich durch den Erwerb akademischer Ausbildung geprägt sind und sein werden. Innovation und hohes Qualifikationsniveau der Bevölkerung sind die beiden wichtigsten Erfolgsfaktoren im volkswirtschaftlichen Wettbewerb. In der wissensbasierten Ökonomie einer zunehmend global agierenden Gesellschaft sind gut ausgebildete Arbeitskräfte sowie politisch stabile und demokratische Strukturen und sozialer Frieden zentrale Standortfaktoren. Internationale Vergleichsstudien zeigen den Nachholbedarf von Deutschland deutlich auf. Dieser erfordert hohe finanzielle Anstrengungen. Angesichts der in der Zukunft noch stärkeren Bedeutung von Wissen und Qualifikation besteht durch die ansteigenden Jahrgänge für Studienanfänger eine große Chance und Herausforderung.

Als Orte der Produktion von Wissen spielen Hochschulen in dieser gesellschaftlichen Situation eine zentrale Rolle. Dies um so mehr, als mit dem demographischen Wan-

del durch Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung eine erhebliche Minderung des Erwerbspersonenpotenzials und in deren Folge Leistungsminderungen zu erwarten sind. Die Hochschulausbildung kann dem entgegenwirken, wenn es gelingt, die Ausschöpfung vorhandener Potenziale erheblich zu vergrößern und neben der Existenz leistungsfähiger Hochschulen die regulative Idee des lebenslangen Lernens in der Gesellschaft, aber auch im Bildungs- und Wissenschaftssystem weithin zu verankern. Das Hochschulsystem spielt in diesem Prozess also eine wesentliche Rolle für die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Seine Fortentwicklung hängt entscheidend davon ab, ob die staatliche Hochschulfinanzierung die genannten Voraussetzungen ausreichend berücksichtigt.

Beim Umgang mit der in diesem Arbeitspapier im Vordergrund stehenden Entwicklung der Studierendenzahlen ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern durchaus unterschiedlich sind. Die folgenden Rechnungen und Überlegungen sollen Anhaltspunkte für diese Fragestellung liefern. Bei den hier durchgeführten Analysen soll kein Ranking ‚starker‘ oder ‚schwacher‘ Länder erstellt werden. Es wird lediglich abgebildet, wie sich Studienplatzangebot und -nachfrage entwickeln. Ein Land mit leistungsfähigen Hochschulen, in dem die Studienanfänger aus dem eigenen Land aufgrund der demographischen Entwicklung quantitativ abnehmen hat einen Studienkapazitätsüberschuss – was nicht negativ zu beurteilen ist, sondern Anlass sein muss, Studierende aus anderen Ländern zu gewinnen. Umgekehrt ist auch ein Studienkapazitätsdefizit keineswegs negativ zu beurteilen, sondern Zeichen der Attraktivität des Studiums und einer zunehmenden Zahl Hochschulzugangsberechtigter mit Studierneigung im betreffenden Bundesland.

1. Eine Studienanfängerprognose

Die im Rahmen dieses Papiers dargestellte Prognose der Entwicklung der Zahl der Studienanfänger in den nächsten fünfzehn Jahren kann dazu dienen, zwei derzeit wichtige Aussagen zu untermauern:

1. Die Zahl der Studienanfänger wird in den kommenden Jahren in Deutschland insgesamt erheblich ansteigen. Bundeslandsspezifisch wird diese Entwicklung dort noch verstärkt, wo die Dauer der Schulzeit bis zum Erwerb des Abiturs auf zwölf Jahre verkürzt wird.
2. Zwischen den Bundesländern bestehen große Differenzen. Während die Zahl der Studienanfänger insbesondere in den westlichen Bundesländern zwischen 2006 und 2018 zunächst erheblich steigen und dann wieder abfallen wird, fällt diese Zahl in den neuen Bundesländern und Berlin nach kurzfristigem Anstieg schon sehr bald unter das Niveau der vergangenen Jahre.

Diese Kernaussagen eines Gesamtblicks auf die Situation in Deutschland sollen mit der Prognose verdeutlicht werden. Sie basiert auf den öffentlich zugänglichen Daten der amtlichen Statistik und den Auswertungen der KMK. Landesspezifische Ursachen, Entwicklungen oder Bewertungen stehen hier außerhalb der Diskussion.

Die Methodik der Prognose, die als lineare Extrapolation angelegt ist, besteht im Wesentlichen aus zwei Schritten:

1. **Ermittlung der künftigen Studienkapazitätsnachfrage. Auf der Basis der KMK-Prognosen über die Zahlen der Hochschulzugangsberechtigten in den Ländern bis 2020 wird abgeleitet, mit welcher Nachfrage nach Kapazitäten für Studienanfänger in Zukunft in den einzelnen Ländern zu rechnen ist.**

Für die hier vorliegende Prognose wurden in einem ersten Schritt Studienanfängerzahlen für die Jahre 2005 bis 2020 in ihrer Verteilung auf die einzelnen Bundesländer extrapoliert, und zwar auf der Basis der KMK-Prognose der bis

2020 hochschulzugangsberechtigten Schulabgänger aus dem Jahr 2005 und der (derzeit noch nicht veröffentlichten) Studierendenwanderungsstatistik für das Jahr 2004 [Kultusministerkonferenz (2005/1); Kultusministerkonferenz (2006)]. Übergangsquoten ins Hochschulstudium wurden indes nicht auf der Basis eines länderübergreifenden Bandbreitenmodells, wie es die KMK-Prognose verwendet, zugrunde gelegt, sondern es wurden länderspezifische Übergangsquoten aufgrund vorhandener veröffentlichter Daten genutzt [Statistisches Bundesamt (2006, S. 131 ff.); vgl. auch zur Spezifik der Situation in den Ländern Heinze et al. (2004)]. Für ein solches Vorgehen spricht die hohe Spannbreite der länderspezifischen Übergangsquoten. Ein länderübergreifender Durchschnittswert wie auch ein Bandbreitenwert würde die Entwicklung in den Ländern mit einer hohen Abweichung vom Durchschnittswert verwischen. Es wurde insofern die von der KMK prognostizierte Zahl der Hochschulzugangsberechtigten, die deutsche und ausländische Staatsbürger mit deutscher Hochschulzugangsberechtigung (Bildungsinländer) umfasst, zunächst mit der landesspezifischen Übergangsquote des Schulabgängerjahrgangs 2000 multipliziert und anschließend nach der Mobilitätsmatrix des Jahres 2004 auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Bildungsausländer sind, wie weiter unten erläutert, hierbei nicht berücksichtigt worden. Damit sind in die Prognose der Länderentwicklung die derzeit aktuellsten Daten eingegangen.

2. Vergleich der künftigen Studienkapazitätsnachfrage mit der aktuellen Studienkapazität. Der Status Quo in Bezug auf die durchschnittlichen Studienanfängerzahlen der Jahre 2000 bis 2004 wird als Anhaltspunkt für ein vorhandenes Angebot an Studienkapazitäten in den Ländern genommen.

Im zweiten Schritt wurde auf Basis der beim Statistischen Bundesamt vorliegenden Zahlen eine je landesspezifische durchschnittliche jährliche Studienanfängerzahl der Jahre 2000 bis 2004 gebildet [Statistisches Bundesamt (2006) S. 12 ff.]. Von dieser aktuellen Studienkapazität wurde die für kommende Jahre extrapolierte Studienkapazität subtrahiert, um einen Überschuss oder ein Defizit des entsprechenden Jahres zu ermitteln.

Die folgenden Tabellen liefern einen Überblick über die Situation in den einzelnen Bundesländern. Positive Werte (Studienkapazitätsüberschüsse) bedeuten, dass die Nachfrage das durchschnittliche Niveau der Jahre 2000 bis 2004 unterschreiten wird. Man kann dies als ‚Angebot‘ begreifen. Negative Werte (Studienkapazitätsdefizite) hingegen bedeuten eine höhere Nachfrage als die durchschnittliche der Jahre 2000 bis 2004. Positive Werte sind also mit einer „Angebotsstärke“ verbunden, negative Werte mit einer „Nachfragestärke“. In Ländern mit positiven Werten könnten prinzipiell Studierende aufgenommen werden, die in Ländern mit Studienkapazitätsdefiziten keinen Studienplatz finden. Ein Studienkapazitätsdefizit ist in den folgenden Tabellen rot und mit negativem Vorzeichen markiert, ein Studienkapazitätsüberschuss schwarz.

Abb. 1 Länder mit Studienkapazitätsdefizit bzw. steigender Nachfrage

Jahr	BW	BY	HB	HH	HE	NI	NW	RP	SL	SH	Summe
2000	5.576	4.090	646	951	3.371	2.738	7.168	2.635	293	891	28.359
2001	2.297	2.303	363	504	1.802	1.113	2.686	1.110	194	193	12.565
2002	-1.277	-368	-258	-40	-74	-981	-3.065	-812	-40	-404	-7.319
2003	-2.216	-1.444	-307	-765	-1.240	-844	-2.302	-1.863	-129	-309	-11.419
2004	-4.381	-4.580	-446	-652	-3.860	-2.026	-4.485	-1.069	-320	-369	-22.188
2005	-3.597	-3.550	-357	583	-2.965	117	-5.060	-1.598	-46	21	-16.451
2006	-5.310	-5.188	-495	269	-3.765	-597	-7.767	-2.375	-215	-198	-25.642
2007	-6.850	-6.386	-649	-156	-4.490	-1.984	-10.042	-2.924	-247	-614	-34.340
2008	-8.059	-7.252	-724	-436	-4.817	-2.139	-10.937	-3.267	-299	-931	-38.861
2009	-8.896	-8.007	-796	-356	-4.841	-2.196	-11.178	-4.041	-1.337	-760	-42.406
2010	-9.646	-8.366	-857	-2.437	-4.908	-3.018	-11.790	-3.840	-401	-1.005	-46.268
2011	-10.949	-29.067	-1.994	-1.200	-5.413	-11.928	-13.098	-3.939	-350	-1.110	-79.048
2012	-20.832	-9.611	-1.776	-112	-5.105	-2.060	-9.702	-3.873	-313	-547	-53.932
2013	-10.609	-7.569	-897	-129	-9.114	-2.831	-32.169	-4.302	-169	-500	-68.291
2014	-7.284	-6.434	-731	111	-7.855	-1.844	-7.045	-3.254	-109	-342	-34.787
2015	-6.753	-6.975	-762	100	-3.286	-2.075	-7.843	-2.673	-142	-364	-30.771
2016	-6.667	-6.510	-770	23	-3.796	-2.134	-7.905	-2.966	-79	-415	-31.218
2017	-7.134	-6.618	-723	57	-3.555	-1.698	-7.077	-2.696	-33	-366	-29.843
2018	-7.147	-6.486	-670	258	-3.195	-1.313	-5.636	-2.309	63	-143	-26.579
2019	-6.470	-5.607	-558	403	-2.650	-792	-4.021	-1.937	120	-22	-21.534
2020	-4.560	-4.656	-478	539	-2.146	-162	-2.444	-1.507	219	140	-15.054

Abb. 2 Länder mit Studienkapazitätsüberschuss bzw. sinkender Nachfrage

Jahr	BE	BB	MV	SN	ST	TH	Summe
2000	706	451	196	1.477	693	862	4.385
2001	260	127	-113	766	300	-105	1.235
2002	-821	-193	415	-42	204	-273	-710
2003	-638	-21	353	-485	594	-166	-363
2004	492	-363	-850	-1.715	-1.792	-318	-4.546
2005	1.181	0	-191	974	-141	523	2.346
2006	1.006	-51	-205	877	-109	514	2.033
2007	516	-160	-313	546	-3.018	479	-1.950
2008	662	-43	-2.396	1.444	211	952	830
2009	1.173	331	360	3.432	1.169	1.790	8.254
2010	2.284	792	1.196	5.769	2.228	2.803	15.072
2011	2.913	1.261	1.407	6.696	2.352	3.050	17.679
2012	250	1.048	1.634	7.503	2.974	3.453	16.862
2013	4.127	1.945	1.892	7.941	3.240	3.679	22.824
2014	4.461	1.983	1.891	7.960	3.289	3.571	23.155
2015	4.345	1.935	1.711	7.713	3.142	3.439	22.285
2016	4.091	1.783	1.690	7.397	3.033	3.288	21.283
2017	2.934	1.535	1.623	7.171	2.911	3.310	19.485
2018	3.703	1.632	1.634	7.041	2.911	3.281	20.202
2019	4.170	1.712	1.636	6.946	2.968	3.269	20.701
2020	4.416	1.765	1.708	7.040	2.941	3.304	21.174

Für die Interpretation der Tabellen sind drei Gesichtspunkte von Bedeutung:

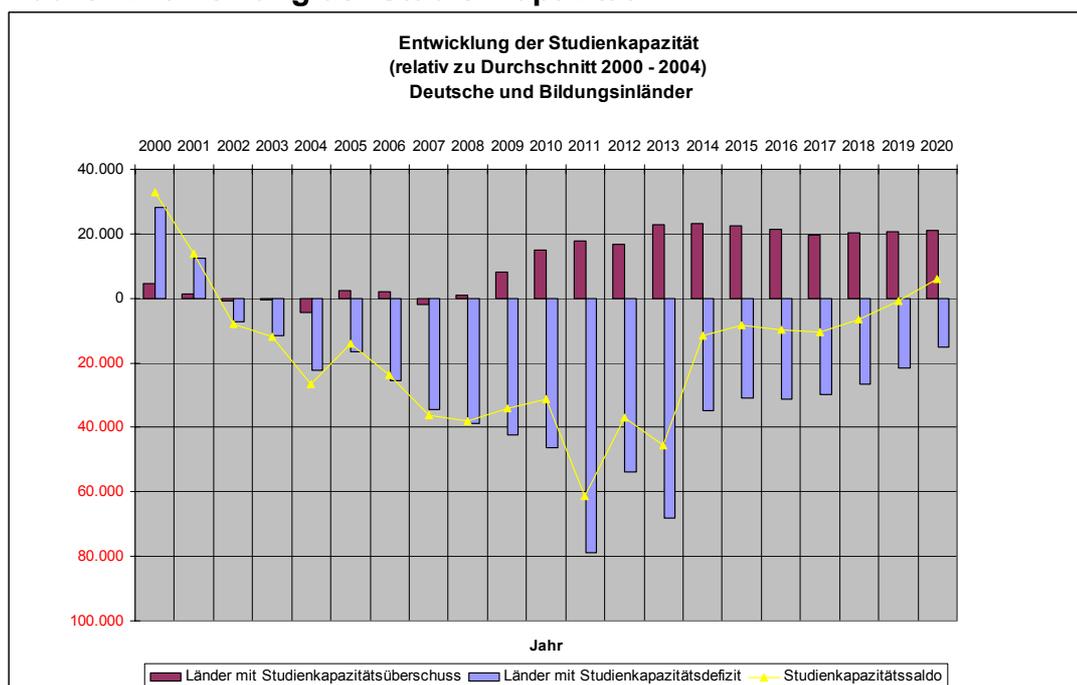
1. Die möglichen Ursachen sind in den einzelnen Ländern sehr vielfältig und werden hier nicht analysiert. So können besonders hohe oder niedrige Übergangsquoten, besonders viele oder wenige Zugangsberechtigte, besonders hohe oder niedrige Studienkapazitäten in der Vergangenheit entscheidende Determinanten mit unterschiedlichen Wirkungsrichtungen sein.
2. Die Entwicklungen werden dem Prinzip der linearen Extrapolation folgend analysiert. Es werden insofern keine zukünftigen Verhaltensänderungen prognostiziert bzw. berücksichtigt. Die in die Rechnungen einfließenden Parameter sind gleichwohl Größen, die durch Handeln auf politischer Ebene bzw. auf der Ebene der einzelnen Hochschulen beeinflussbar sind. Wenn beispielsweise in den Ländern mit Studienkapazitätsüberschuss drastische Reduktionen der derzeitigen Anfängerzahlen stattfinden, würden sich die ausgewiesenen Überschüsse vermindern. Zusätzlicher Kapazitätsaufbau in Ländern mit zu wenig

Studienanfängerplätzen würde das Studienkapazitätsdefizit hingegen mindern.

- Die rechnerischen Studienkapazitätsüberschüsse bzw. -defizite sind notwendig eine gesetzte statistische Größe, die nichts über eine faktische Auslastungssituation aussagt. Es ist dabei aber zu berücksichtigen, dass schon die derzeitige Auslastung der Hochschulen in vielen Fächern in nahezu allen Bundesländern als erhebliche Überlast wirkt. Dies zeigen etwa die Auslastungsquoten in Bezug auf die flächenbezogenen Studienplätze [Wissenschaftsrat (2005) S. 11 ff.], sowie die inzwischen vielerorts zusätzlich eingeführten Zulassungsbeschränkungen.

Das folgende Diagramm zeigt die aggregierten Studienkapazitätsüberschüsse der Länder mit überwiegend positiven Werten einerseits und die Studienkapazitätsdefizite aller Länder mit überwiegend negativen Werten andererseits. Die gelbe Linie zeigt den Studienkapazitätssaldo zwischen den aggregierten Studienkapazitätsdefiziten und den aggregierten Studienkapazitätsüberschüssen. Bis 2019 übersteigen demnach die Studienkapazitätsdefizite die Studienkapazitätsüberschüsse. In diesen Jahren wird insofern eine Studiennachfrage prognostiziert, die ceteris paribus in Deutschland nicht zu befriedigen ist.

Abb. 3: Entwicklung der Studienkapazität



Die vorliegende Prognose stellt insoweit einen Schritt in die Richtung dar, die der Wissenschaftsrat in seinen „Empfehlungen zum demographie- und arbeitsmarktgerechten Ausbau des Hochschulsystems“ gefordert hat [Wissenschaftsrat (2006/1)]. Es zeigt sich, dass – in einem nationalen Gesamtsystem – erhebliche Teile der zusätzlich erwarteten Studienanfänger bei konstant angenommenen Angebotsstrukturen in den Bundesländern mit Studienkapazitätsüberschüssen aufgenommen werden könnten. Konkret bedeutet dies eine angenommene Wanderung von West nach Ost in Deutschland.

Es zeigt sich zugleich, dass darüber hinaus ein erheblicher Nachfrageüberhang bestehen bleibt. Auch bei einem Szenario, das einen vollständigen Ausgleich zwischen den Hochschulen der Länder zur Erfüllung der Nachfrage anstrebt, würde diese Nachfrage nicht vollständig befriedigt werden können. Daher ergeben sich aus diesem Befund mehrere Herausforderungen gleichzeitig: zum einen ist ein dringender Maßnahmenkatalog zur Förderung einer Mobilität der Studierenden bzw. Studienanfänger und eines finanziellen Ausgleichs zwischen den Bundesländern zu entwickeln. Zum andern muss die Hochschulfinanzierung in Deutschland insgesamt auf ein längerfristig höheres Niveau gestellt werden.

2. Bemerkungen zu Methode und Reichweite der Prognose

Ein Arbeiten mit derartig hoch aggregierten Prognosen stellt notwendig in vielerlei Hinsicht eine erhebliche Vereinfachung dar. Nicht exakte Berechnungswerte, sondern die aufgezeigten Entwicklungstendenzen stehen im Vordergrund. Daher sind die Annahmen mit zunehmender Verlängerung des Zeithorizonts nur vorsichtig zu interpretieren. Zudem sind bei jeder Prognose Annahmen zu treffen, die zwar plausibel sein müssen, die in keinem Falle aber mit Gewissheiten verwechselt werden sollten. Mit Blick auf die gewählte Extrapolation gilt dies insbesondere in folgenden Punkten:

1. Die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten an den einzelnen Jahrgängen ist veränderlich.

Die Zahl der hochschulzugangsberechtigten Schulabgänger wurde einer entsprechenden Prognose der KMK von 2005 entnommen [Kultusministerkonferenz (2005/1) S.9* ff.]. Diese Zahlen sind Grundlage der derzeitigen hochschulpolitischen Diskussion zu den relevanten Fragestellungen. Es liegt indes auf der Hand, dass hier beträchtliche Abweichungen in der Zukunft möglich sind. So zeigt schon ein Vergleich der Prognose von 2005 mit der von 2003 erhebliche Abweichungen [vgl. Kultusministerkonferenz (2003) S. 9* ff. und Kultusministerkonferenz (2005/1) S. 9* ff.].

Entwicklungen / Abweichungen liegen u.a. in Veränderungen der betreffenden Quoten von Schulabgängern mit den erforderlichen Hochschulzugangsberechtigungen begründet. Auch kann Zuwanderung hier eine Rolle spielen. Ebenfalls ist insgesamt eine Bedeutungsminde rung der traditionellen Zugangsberechtigungen zu verzeichnen, der insbesondere auch mit erfolgreichen Bemühungen um eine Stärkung der Durchlässigkeit für nicht-traditionelle Bildungsbiographien des lebenslangen Lernens korrespondiert [vgl. Wissenschaftsrat (2004)].

2. Die länderspezifischen Übergangsquoten des Hochschulzugangsberechtigtenjahrganges 2000 wurden auf alle anderen Jahre angewandt.

Für die Prognose wurden – anders als bei den Prognosen der KMK, die mit vergleichsweise hoch angesetzten Bandbreitenquoten operieren – länderspezifische Übergangsquoten Hochschulzugangsberechtigter an die Hochschulen verwendet, die für Personen mit Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung im Jahre 2000 ermittelt worden sind und dabei die Aufnahme des Studiums bis einschließlich 2004 berücksichtigen [Statistisches Bundesamt (2006) S. 131 ff.]. Die vorliegende Prognose bildet dabei weder Veränderungen dieser Übergangsquoten ab – so können zum Beispiel die Arbeitsmarktsituation, die Situation bei der Vermittlung von Berufsausbildungsplätzen oder auch die öffentliche Wahrnehmung von Studienbedingungen (Zulassungsbeschränkungen, Studiengebühren, vermeinte oder tatsächliche Qualität von Studium und Lehre, ...) zu Veränderungen der Übergangsquote führen – noch die Tatsache, dass der zeitliche Abstand vom Schulabschluss zur Aufnahme des Studiums erheblich variiert. Hieraus ergeben sich erhebliche Dämpfungseffekte etwa bei der Wirksamkeit doppelter Abiturientenjahrgänge infolge von Schulzeitverkürzungen. Der Überschaubarkeit der einbezogenen Parameter halber und um politisch-normative Faktoren zu vermeiden, wurde auf eine Berücksichtigung dieser Aspekte verzichtet.

3. Die Mobilitätsmatrix des Jahres 2004 wurde für die nachfolgenden Jahre angewandt.

Eine bislang noch nicht veröffentlichte Mobilitätsmatrix für die Studierendenwanderung innerhalb Deutschlands liegt von Seiten der KMK für das Jahr 2004 vor [Kultusministerkonferenz (2006)]. Es liegt dabei allerdings auf der Hand, dass eine entsprechende Wanderungsmatrix, die für das Jahr 2004 gegolten hat, keineswegs notwendig im darauf folgenden Jahr oder gar fünf oder fünfzehn Jahre später Gültigkeit haben muss. Abweichungen zwischen der entsprechenden Statistik des Jahres 2004 im Vergleich zu den vorangegangenen Statistiken zeigen dies deutlich [vgl. Kultusministerkonferenz (2002) und Kultusministerkonferenz (2005/2)]. Dies würde umso mehr gelten, als sich z.B. bei verdoppelten Abiturientenzahlen eine vollkommen andere Verbleibs-

quote im eigenen Land ergeben dürfte, als in solchen Jahren, in denen einfache Abiturientenjahrgänge zu bewältigen sind.

Ländergrenzenüberschreitende Mobilität von Studierenden und Studienanfängern kann zudem durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst werden. Hierfür können hier nur eine Reihe von Beispielen genannt werden:

1. Erkennbare Qualitätsunterschiede zwischen Hochschulen;
2. Differenzierungen im qualitativen Angebot;
3. Aufnahmebegrenzungen infolge steigender Studienanfängerzahlen;
4. Studiengebühren;
5. hochschulunabhängige Standortfaktoren.

4. In die Berechnung wurden nur die deutschen und ausländischen Staatsangehörigen mit deutscher Hochschulzugangsberechtigung einbezogen, nicht die Bildungsausländer.

Weitere Veränderungen in der Nachfrage nach Studienplätzen ergeben sich aufgrund der Zuwanderung von Bildungsausländern. In den letzten 20 Jahren ist dieser Anteil immer weiter angestiegen. Allerdings weisen sie von Jahr zu Jahr in den einzelnen Ländern zum Teil erhebliche Schwankungen auf [Statistisches Bundesamt (2006) S. 12 ff.]. Da sich diese Zahlen einerseits nur schwer antizipieren lassen, andererseits nicht dem derzeit in Deutschland diskutierten demographischen Wandel und der Schulzeitverkürzung unterliegen, wurden sie in der Rechnung nicht berücksichtigt. Sie stellen zudem zwar eine Nachfrage dar, es fehlen aber Anhaltspunkte, hier – entsprechend der Logik der Prognose – Veränderungen in der Nachfragesituation zu quantifizieren.

5. Grundlage der Berechnung sind die Studienanfängerzahlen, nicht die Studierendenzahlen.

Die mit diesem Papier vorliegende Rechnung bezieht sich auf Studienanfänger, nicht auf Studierende. Auch wenn die Zahl der Studierenden letztlich von höherer Bedeutung für die Gesamtleistung des Systems ist, sind entspre-

chende Aussagen nur unter weiteren hochkomplexen und weitgehend politisch gestaltbaren Annahmen zu treffen.

Von hoher Bedeutung sind für die Berechnung der Zahl der Studierenden Faktoren, die von einer Vielzahl von Parametern abhängen und sich zudem unter den Maßgaben der schon jetzt weit reichenden, nicht aber vollständigen Einführung der konsekutiven Studienstruktur noch einmal erheblich verändern:

1. Veränderungen in der durchschnittlichen Hochschulverweildauer bis zum ersten Studienabschluss;
2. Veränderungen in den Studienabbrecherquoten und dem Zeitpunkt des Studienabbruchs;
3. Übergangsquoten und Mobilitäten beim Übergang vom ersten zum zweiten Zyklus des Studiums, also von Bachelor zu Master sowie ggf. vom zweiten in einen dritten Zyklus (Promotion);
4. Auswirkungen der Studienreform in Fächern, die hiervon bislang nicht oder kaum betroffen sind;
5. Veränderungen der Nachfragesituation infolge der Etablierung von Formen des hochschulvermittelten lebenslangen Lernens;
6. Veränderungen der Kapazitätsberechnung und Kapazitäten infolge der qualitativen Neugestaltung von Bachelor- und Masterstudiengängen (z.B. politisch gewollte positive Veränderung von Betreuungsrelationen).

6. Die Ausgangsgröße für den Nachfrageüberhang sind die tatsächlichen Studienanfängerzahlen bis 2004, nicht die vorhandenen Studienplätze.

Es wird darauf verzichtet, die politisch prekäre Frage der Berechnung von Kapazitäten im rechtlichen Sinne in diesem Kontext zu diskutieren. Auch deshalb wird nicht über Studienplätze im technischen Sinne gesprochen, sondern über Studienanfängerzahlen bzw. Studienkapazität in einem nicht-technischen Sinne. Die tatsächlichen Anfängerzahlen zum Ausgangspunkt zu machen, ist unvermeidbar, weil es keine anderen zuverlässigen Vergleichsgrößen gibt. Einer Auseinandersetzung auf der Grundlage von entsprechenden artifiziellen Grö-

ßen könnte entgegengehalten werden, dass die Kapazitäten der Hochschulen noch nicht ausgeschöpft seien. Die Möglichkeiten, statt der bloßen Anfängerzahlen etwa die Studienplätze zu verwenden, scheitert an mehrfachen methodischen Problemen:

- Flächenbezogene Studienplätze sind kein Engpass, der allgemein akzeptiert wäre, zumal sich hier in den Auslastungsquoten der vergangenen Jahre ohnehin eine Überlastung zeigt. Zudem gehen die Belegungsquoten der Bundesländer weit auseinander [Wissenschaftsrat (2005), S. 11 ff.].
- Personenbezogene Kapazitäten lassen sich bislang nur anhand der Berechnungsleitfäden für die Kapazitätsverordnung (KapVO) ermitteln. Sie führen in der Regel zu einer Zulassungsbeschränkung. Die zugrunde liegenden Daten sind nicht allgemein zugänglich.
- Die vorliegenden Informationen über die NC-Situation an Hochschulen lassen eine weitgehend bestehende hohe Auslastung unterstellen.

Der relative Vergleich zu den tatsächlichen Fallzahlen verdient auch deshalb den Vorzug.

3. Schlussfolgerungen

Prognosen verdeutlichen wichtige Rahmenbedingungen und kausale Zusammenhänge, aber es wäre falsch, sich von Prognosen anderes diktieren zu lassen als die Mahnung, sich um die betreffenden Fragen zu kümmern. Prognosen über Studienanfänger- bzw. Studierendenzahlen geben insofern lediglich einen Hinweis darauf, wie die Entwicklung aussehen würde, wenn man ihr untätig zusähe. Die dargestellten Annahmen und methodischen Bedingungen dieser Prognose beschreiben zugleich einige der veränderbaren Voraussetzungen. Vieles ist politisch und durch die Bildungseinrichtungen selbst gestaltbar. Ein Beispiel sind die Schulen: Durch doppelte Abiturientenjahrgänge kommt es – regional stark differenziert – in den nächsten Jahren zu einem erheblichen Anstieg der Studienanfänger- und dann auch der Studierendenzahlen.

Ein weiteres allerdings wird sehr deutlich: Es kann bei aller Vorsicht mit Prognosen nicht erwartet werden, dass die Zunahme der Studienanfängerzahlen ein eher kurzfristiges Problem sei, das auch ohne politische Aktivität vorübergeht. Ehe aufgrund des demographischen Wandels die Jahrgangsstärken *grosso modo* abnehmen werden – was voraussichtlich noch rund zwanzig Jahre dauern wird –, stehen die deutschen Hochschulen insgesamt vor der Herausforderung, einen quantitativen Anstieg um bis zu dreißig Prozent zu bewältigen. Heute dabei eine Prognose für das Jahr 2025 bereits zu antizipieren, erscheint angesichts der unsicheren Parameter gewagt und nicht zielführend.

Abschottungstendenzen der Hochschulen wären gesellschaftlich problematisch und sollten nicht aus finanziellen Restriktionen heraus entstehen. Ohne zusätzliche Aufwendungen wird die Chance, gut ausgebildete junge Menschen mit Lebenschancen auszustatten und ihre Potenziale gesellschaftlich zu nutzen, nicht zu realisieren sein. Dass es sich dabei nicht um kurzfristige Investitionen handelte, die schon nach kurzer Zeit wieder entbehrlich würden, sollte deutlich geworden sein. Vor dem Hintergrund der heteronomen Herausforderungen von einerseits Haushaltsengpässen einzelner Bundesländer und der damit verbundenen Suche nach Einsparungspotentialen, sowie andererseits politischer Absichtserklärungen des Bologna-Prozesses und der Lissabon-Strategie, stellt sich zudem die Frage nach einer adäquaten, insbesondere langfristigen Finanzierung des Hochschulsystems. Länderübergreifende Kon-

zepte sind hierzu unverzichtbar. Wenn die aufgezeigten Kapazitätsdefizite in einigen Ländern durch andere Länder aufgefangen werden sollen, liegen Mechanismen, bei denen staatliches Geld den Studierenden auch über Ländergrenzen hinweg folgt, als wirksame Anreizmechanismen nahe. Angesichts der Komplexität der Problemlage kann es aber keine Einzelmaßnahmen und einfachen Rezepte geben; alle Akteure im Hochschulsektor sind mit Konzepten und Strategien gefragt.

4. Literatur

- CHE Centrum für Hochschulentwicklung / Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (1999): InvestiF und GefoS [www.che.de/downloads/inv_u_gefos.pdf]
- Heine, Ch., H. Spangenberg, D. Sommer (2004): Studienberechtigte 2002 ein halbes Jahr nach Schulabgang; HIS-Kurzinformationen A 1 (2004); Hannover [<http://www.his.de/pdf/Kia/kia200401.pdf>]
- Kultusministerkonferenz (2006): Deutsche Studienanfänger nach dem Land des Hochschulortes und dem Land des Erwerbs der Hochschulzulassungsberechtigung 2004, in: Die Mobilität der Studienanfänger und Studierenden in Deutschland 1980 bis 2005 (im Erscheinen)
- Kultusministerkonferenz (2005/1): Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020; Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz; Dokumentation Nr. 176; Bonn [<http://www.kmk.org/statist/hochschulprognose.htm>]
- Kultusministerkonferenz (2005/2): Die Mobilität der Studienanfänger und Studierenden in Deutschland von 1980 bis 2003; Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz; Dokumentation Nr. 178; Bonn [www.kmk.org/statist/Dok_178.pdf]
- Kultusministerkonferenz (2003): Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020; Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz; Dokumentation Nr. 167; Bonn
- Kultusministerkonferenz (2002): Die Mobilität der Studienanfänger und Studierenden in Deutschland von 1980 bis 2000; Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz; Dokumentation Nr. 160; Bonn [<http://www.kmk.org/aktuell/pm020515c.htm>]
- Statistisches Bundesamt (2006): Bildung und Kultur – Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen; Fachserie 11 Reihe 4.3.1; Wiesbaden [[http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?CSPCHD=0031000100014jn78i0u001302075724&cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1018170](http://www.ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?CSPCHD=0031000100014jn78i0u001302075724&cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1018170)]
- Wissenschaftsrat (2006/1): Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems; Drs. 7083/06; Köln [<http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7083-06.pdf>]
- Wissenschaftsrat (2006/2): Empfehlungen zur künftigen Rolle der Universitäten im Wissenschaftssystem; Drs. 7067/06; Köln [<http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7067-06.pdf>]
- Wissenschaftsrat (2005): Empfehlungen zum 35. Rahmenplan für den Hochschulbau 2006 bis 2009; Köln [http://www.wissenschaftsrat.de/texte/AT_35_RPL.pdf]
- Wissenschaftsrat (2004): Empfehlungen zur Reform des Hochschulzugangs; Drs. 5920/04; Köln [<http://www.wissenschaftsrat.de/texte/5920-04.pdf>]

ISSN 1862-7188
ISBN 3-939589-29-2
ISBN 978-3-939589-29-7 (ab 2007)